

## Agenda 2010 ist unsozial! Ratsfrau der SPD zieht Konsequenzen

**Nach fast zwanzigjähriger Mitgliedschaft verlässt die Velberter Ratsfrau Petra Pollmann ihre sozialdemokratische Heimat. Anlass für den sicherlich nicht leicht gefassten Entschluss war endgültig die Zustimmung der Delegierten auf dem SPD Sonderparteitag zur Agenda 2010 der Bundesregierung.**

Petra Pollmann ist Sachbearbeiterin bei der Flughafen Düsseldorf GmbH und vertritt dort als Betriebsrätin und ver.di Vertrauensfrau die Interessen der MitarbeiterInnen.

Wir sprachen mit Frau Pollmann. **Schlüsselbund:** Frau Pollmann, Sie stammen aus einer sozialdemokratischen Familie?

**P. Pollmann:** Ich bin in einem Haushalt aufgewachsen, der von SPD-Wählern geprägt war. 1984 trat ich aus Überzeugung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands bei, da ich in dieser Partei immer meine politische Heimat sah.

**Schlüsselbund:** Sie sind unzufrieden mit der SPD?

**P. Pollmann:** Mit großer Betroffenheit musste ich im Laufe der letzten Jahre - insbesondere in der Diskussion um die Agenda 2010 - feststellen, dass diese Partei soviel Mut zur Veränderung hat, dass sie gegen ihr eigenes Wahlprogramm verstößt, dass sie die Werte der Sozialdemokratie, für die unsere Väter und Urgroßväter ewige Zeiten gekämpft haben - Werte, auf die wir alle stolz sein konnten -, von heute auf morgen

aus „Mut zur Veränderung“ über den Haufen geworfen hat. Diese Partei kann das „Sozial“ in ihrem Namen nicht mehr zu Recht tragen, denn sie ist nicht mehr die Partei der abhängig Beschäftigten und der sozial Schwachen. Diese Partei ist mit ihrem Mut zu einer Partei des Kapitals, das Sprachrohr der Wirtschaft, geworden und vergisst bei ihrem Bestreben zur Wirtschaftsförderung, dass auch der Sozialhilfeempfänger, der Arbeitslose, der Rentner und die Noch-Arbeitsplatz-Besitzer mit geringem Einkommen Wirtschaftsfaktoren sind.

Gerhard Schröder forderte auf dem Parteitag die Bereitschaft zum „Wandel in der Mentalität“. An wen war diese Forderung gerichtet? An den Personenkreis, den die Agenda 2010 noch weiter ins Abseits treibt? An sozial Schwache, Arbeitslose und Noch-Arbeitsplatzbesitzer?

**Schlüsselbund:** Sind Sie eine Reformgegnerin oder wollen Sie blockieren?

**P. Pollmann:** In der schwierigen Lage, in der wir uns befinden, sind Reformen angezeigt und wichtig - aber kein Sozialraub in der Form. Ich bin davon überzeugt, dass auch dem letzten Zeitgenossen in diesem unserem Lande die desolate Situation klar ist. Jeder dürfte somit auch Verständnis für Einschnitte haben. Leider wird aber ausschließlich von dem vorgenannten Personenkreis Verständnis zum Verzicht erwartet. **Forts. auf S.2**



Für Reformen - gegen Sozialraub

## Bebauungsplan führt zu Tumult im UP-Ausschuss

**Im BZA-Nevigens vom 5.6.2003 wurde der Aufstellungsbeschluss (nicht zu verwechseln mit der Aufstellung) eines neuen Bebauungsplanes an der Elsbecker Str./Konrad-Adenauer Str. in Neviges kontrovers diskutiert und am Ende mit 13 zu 1 Stimmen abgelehnt.**

Hintergrund der Vorlage der Verwaltung ist das Interesse eines Investors an dem Gelände, der zugesagt hat, dass, wenn er bauen darf, er die Kosten für die Offenlegung des dort verlaufenden Baches (vermutlich 300.000 Euro) übernimmt. Ansonsten müsste die Stadt diese Kosten übernehmen.

Gegen eine mögliche Bebauung hat sich bereits eine Bürgerinitiative gegründet. Gegen die Bebauung sind ebenfalls die **PDS** (Im Ausschuss nicht vertreten), SPD, Grüne und „Velbert Anders“. Die CDU lehnte damals den Verwaltungsvorschlag zwar ebenfalls ab, plädierte aber für eine „lockere Bebauung“ des fraglichen Geländes. **Forts. auf S.3**

## Da fällt man/frau vom Glauben ab!

Schockiert entnahm ich im Juni der Presse, dass der katholische Theologieprofessor Wiemeyer und der Sozialpolitikprofessor Breyer vorschlugen, medizinische Leistungen für alte Menschen zu beschränken. Diese Aussage von zwei besser verdienenden Professoren bezieht sich natürlich nur auf die Menschen, die auf die Leistungen der gesetzlichen Kassen angewiesen sind. Auf gut Deutsch, wer älter als 75 ist und nicht das Glück hat mit einem soliden Vermögen ausgestattet zu sein, darf sterben oder jahrelang leiden. Das ist für mich Sozialdarwinismus der härtesten Gangart und grenzt schon fast an Euthanasie. In vielen Diskussionen wird oft vom so genannten Werteverlust gesprochen. Wie können humane und ethische Werte noch Platz finden, wenn diese selbsternannten Herren über Leben und Tod ungestraft solche unmenschlichen Perversionen von sich geben dürfen? Dass ausgerechnet ein Professor der Theologie dabei ist, erweckt bei mir den Verdacht, dass zumindest dieser Mensch sich überschätzt und sich mit seinem obersten Dienstherrn, dem lieben Gott, auf eine Stufe zu stellen scheint. Hier wäre vielleicht eine psychiatrische Behandlung von Nöten, aber diese wird bitte vom Professorengehalt bezahlt. Ich werde auf alle Fälle kräftig sparen, damit ich mir auch im Alter medizinische Behandlungen leisten kann. Man/frau weiß ja nie...

sst.

Forts. von S. 1

## Ratsfrau verlässt SPD...

**Schlüsselbund:** Der Staat ist pleite, wo sollen Ihrer Meinung nach Einschnitte gemacht werden?

**P. Pollmann:** Die Wirtschaftsbosse, die Millionäre und Besserverdienenden (wozu ja wohl ein großer Teil der Bevölkerung und letztlich auch unsere Abgeordneten und Minister gehören), haben für Einschnitte auf **ihrer** Seite kein Verständnis, sonst würde sich die Agenda 2010 nicht durch modernes Raubrittertum in Form von Sozialraub, sondern durch eine gleichmäßige und gerechte Verteilung der Lasten auszeichnen.

Wäre für eine gerechte Verteilung und somit für eine gerechte Reform Platz in den Köpfen der Agenda-2010-Verursacher gewesen, wären die Vorschläge der Gewerkschaften

und Parteilinken berücksichtigt worden.

**Schlüsselbund:** Der Kanzler fordert einen Mentalitätswandel.

**P. Pollmann:** Der von Herrn Schröder geforderten Bereitschaft zum „Wandel in der Mentalität“ kann ich meinerseits aus folgenden Gründen nicht Folge leisten. Ich bin Gewerkschafterin, NOCH-Besitzerin eines „abhängigen Beschäftigungsverhältnisses“ und nicht zuletzt allein erziehende Mutter.

Ferner fühle ich mich den Menschen gegenüber verpflichtet, die mich am Arbeitsplatz in den Betriebsrat gewählt sowie den Menschen in meinem Wahlkreis, die mir bei der Kommunalwahl 1999 ihre Stimme gegeben haben.

All dieses sind Gründe, die konträr zu meiner weiteren Mitgliedschaft unter diesen jetzt neu definier-

ten Standards der Politik der SPD stehen und mit meinen Ansichten nicht mehr zu vereinbaren sind.

**Schlüsselbund:** Sie haben die SPD endgültig verlassen?

**P. Pollmann:** Bei dem geforderten Wandel in der Mentalität und dem von Werbefachmännern hervorgebrachten Slogan: „Mut zur Veränderung“, hat sich diese SPD so weit verändert, dass sich ihr Gesicht nicht mehr von dem der CDU unterscheidet.

Bei einer Fortsetzung meiner Mitgliedschaft unter den neu definierten politischen Standards der SPD müsste ich soviel Mut zur Veränderung aufbringen, dass ich mein Gesicht morgens im Spiegel nicht mehr erkennen kann.

**Schlüsselbund:** Werden Sie Ihr Ratsmandat behalten?

**P. Pollmann:** Über diese Frage habe ich noch nicht entschieden, das braucht Zeit und muss gut überlegt sein.

**Schlüsselbund:** Wir bedanken uns für das Gespräch und wünschen Ihnen weiterhin viel Erfolg bei Ihrer politischen und gewerkschaftlichen Arbeit.

**Bild unten:**

**Wird gerne zum Spaziergang genutzt: Freigelände in Neviges, das bebaut werden soll.**



Forts. von S.1

## Tumult im UP-Ausschuss

In der Essenz lief deren Argumentation darauf hinaus, dass man dieses Vorhaben vor der Kommunalwahl nicht für durchführbar hält.

Im Umwelt und Planungsausschuss am 17. Juni hat sie jedoch dafür gestimmt, und da der BZA nur berät, gilt die Entscheidung des Umwelt- und Planungsausschusses und außer Spesen nix gewesen.

Die Diskussion im Umwelt- und Planungsausschuss wurde mit lauten Beifallsstürmen für die Gegner der Bebauung, und Buhrufen für die Befürworter begleitet. Bei dieser Diskussion traten SPD, Grüne und Velbert anders eindeutig als Gegner einer Bebauung auf. Besonders Herr Tonscheid von Velbert anders versuchte sich in Vertretung eines anderen Herrn besonders zu profilieren. Ob es ihm dabei um die gute Sache ging, mag sich jeder selbst denken, denn kaum waren die meisten Zuschauer weg, war auch er verschwunden. Demgegenüber versuchte die CDU, ihren „Standpunkt“, dass die von der Verwaltung vorgeschlagene Bebauung zu viel sei, sie sich aber für einen „abgespeckten Entwurf“ auszusprechen und man auf dieser Grundlage wieder das Gespräch mit dem Bürger suchen wolle, als besonders „Bürgernah“ darzustellen. Eine Vorgehensweise, die an Unverschämtheit, angesichts einer Ablehnung jeglicher Bebauung durch die Anwohner, kaum zu überbieten ist. Im übrigen drohte man von Seiten der CDU, dass wenn die Bürger die Bebauung nicht wollten, man den angeblich geltenden Bebauungsplan lassen werde, wonach siebenstöckig gebaut werden könne. Seid ihr nicht willig, so braucht es Gewalt. Man muss dem Bürger nur vor Augen halten, dass seine „Blockadehaltung“ gegenüber den Profitinteressen von Investoren, ihm nur noch schlimmeres Übel einbringt.

Nach der von der Verwaltung gewonnenen Abstimmung (8:7) kam es zu ausfallenden Bemerkungen, Zwischenrufen und lautem Geschrei von Seiten des Publikums gegenüber der CDU und Stadtteile Voran (SV).

Von Seiten der CDU wurden Behauptungen aufgestellt, es seien schon Morddrohungen gegen Mitglieder ihrer Fraktion ergangen. Eine CDU-Vertreterin entgegnete sogar auf den Ausruf „Sie werden schon sehen, was Sie davon haben“ von einer besonders eifrigen Zuschauerin, ob dies schon wieder eine „Morddrohung“ sei.

Dabei war dem Kontext eindeutig zu entnehmen, dass es sich um das Nichtwählen der CDU handelte. Herr Kanschat ereiferte sich, nachdem die meisten Zuschauer den Saal verlassen hatten, sogar, dass man ihn doch vor solchen Bürgern schützen müsse.

Er hätte es gerne gesehen, wenn der Vorsitzende sein Hausrecht durchgesetzt hätte. Wäre dies jedoch gemacht worden, wäre es mit Sicherheit zu gewaltsamen Widerstand. Die Stimmung war so aufgeheizt, dass die Menschen nicht freiwillig den Saal verlassen hätten. Und in Polizeigewahrsam wären diesmal nicht irgendwelche Nazis oder autonome Krawallmacher geraten, sondern ganz normale Bürger von nebenan.

Wer sich jedoch wie CDU und „Stadtteile Voran“ so ungeniert über die Interessen der Anwohner hinwegsetzt und diese auch noch versucht für blöd zu verkaufen, der darf sich nicht über solche Szenen aufregen.

**Unten: Bald kein Abenteuerspielplatz mehr?**



## Aufgemerkt!

**PDS-Velbert zweimal im Monat:** Jeden zweiten und letzten Freitag erreichen Sie uns im Jugoslawischen Verein, in der Friedrichstr. 93.

Die Örtlichkeit erreichen Sie aber nur über den Hofeingang von der Schulstraße aus. Hinter, bzw. kurz vor der Grundschule (je nachdem von

wo Sie kommen) befinden sich zwei Hofeinfahrten. An einem der Häuser, rechter Hand Richtung Hof gesehen, befindet sich eine große Eisentreppe. Über diese gelangt man in den Verein und so auch zur **PDS**.

Jedermann -frau ist herzlich eingeladen mal reinzuschauen.

# Aus der Haushaltsrede von Günter Judick - PDS/Offene Liste „Deutschland wird nicht am Hindukusch verteidigt“



**Zum ersten Mal seit zehn Jahren kann der Stadtkämmerer einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen.**

Doch wir alle wissen, dass die Zahlen täuschen, stärker denn je lebt die Stadt von der Substanz. Leider haben sich die Haushaltsrisiken, auf die der Stadtkämmerer schon bei der Einbringung des Haushaltes hingewiesen hat, bestätigt. Gewerbesteueraufkommen, Anteile der Stadt an Einkommen und Umsatzsteuer, Landeszuschüsse zeigen überall ein Minus, die Finanzlage der Stadt - wie die von 90 % aller Städte unseres Landes - hat sich weiter verschlechtert.

Schon der Hinweis darauf, dass es Velbert nicht besser oder schlechter als anderen Kommunen geht, beweist, dass die Misere nicht in erster Linie hausgemacht ist. Die Schuld daran liegt nicht bei einer schlechten Arbeit unserer Verwaltung, auch wenn es überall das eine oder andere zu bemängeln gäbe. Die Verantwortung für die katastrophale Lage der Kommunen liegt bei den zentralen politischen Instanzen, die es sich seit Jahren allzu leicht machten, neue Aufgaben auf die Kommunen zu verlagern, ohne den Kostenausgleich zu sichern.

Milliarden Steuergeschenke an die internationalen Multis durch Verlustabschreibungen auf internationale Spekulationen, Verzicht auf die Vermögens- und andere Steuern, Geschenke an Superreiche haben die Finanzmasse für öffentliche Aufga-

ben eingeschränkt.

Und da es dem Bundestag offensichtlich immer noch leichter fällt, z. B. acht Milliarden für Transportflugzeuge zu bewilligen, damit Deutschlands Grenzen nicht mehr an Oder und Neiße, sondern am Hindukusch, am Horn von Afrika oder sonstwo in der Welt „verteidigt“ werden, ist eben auch 2003 kein Geld da für die seit Jahren versprochene und als dringend notwendig anerkannte Steuerreform zugunsten der Kommunen.

Unser Land ist in den letzten zehn Jahren nicht ärmer geworden, auch wenn sich der Zuwachs verlangsamt hat. Verändert hat sich die Verteilung des Volkseinkommens zu Lasten der kleinen Leute und auch der Städte.

## Ja und Nein und Dies und Das

Petra Pau, Bundestagsabgeordnete der **PDS** anlässlich der Regierungserklärung von Bundeskanzler Schröder, die den schönen Titel „Mut zum Frieden und zur Veränderung“ hatte: „Wir sagen ja zu Ihrem Nein zum Krieg. Aber wir sagen Nein zu Ihrem Ja zum Sozialabbau“.

### Keine Angst vorm schwarzen Mann?

Der Schriftsteller Gerhard Zwerenz hat den wahren Angstgegner der SPD entdeckt: „Die Angst der Sozialdemokraten vor der Sozialdemokratie ist berechtigt. Denn wer statt versprochener 3,5 Millionen Arbeitslose 5 Millionen erreicht, wer Renten und Sozialleistungen kürzt, zu den Pensionen fürsorglich schweigt und Millionären Rabatte erteilt, der hat entweder nicht alle Tassen im Schrank oder schlichtweg Angst vorm eigenen Parteiprogramm.“

### Mini - Anfrage

Wieder einmal diskutierte der Bundestag über Wege aus der Arbeitslosigkeit, als die Abgeordnete Gesine Lötsch (**PDS**) für Verwirrung sorgte: „Der Mini-Job wurde in den Reden, die vorher gehalten worden sind, häufig als eine wesentliche Lösung des Problems der Arbeitslosigkeit gepriesen. Doch ich gebe Ihnen zu bedenken: Mini-Job klingt ja ganz niedlich. Doch können Sie mir auch sagen, wo es Mini-Mieten, Mini-Strom und Mini-Heizkosten gibt?“

## Schlüsselbund

# Impressum

erscheint unregelmäßig im Raum Velbert.

Verantwortlich im Sinne des Presserechtes:  
S, Stoff, Nordstr. 24,  
42551 Velbert,

Email: [mail@pds-velbert.de](mailto:mail@pds-velbert.de)  
Web: [www.pds-velbert.de](http://www.pds-velbert.de)

Die Redaktion behält sich vor, unaufgeforderte Einsendungen zu kürzen, namentlich gekennzeichnete Artikel geben die Meinung des/der VerfasserIn wieder.